



Ob Windenergie in Deutschland noch eine Chance hat, hängt nun von der Bundesregierung ab. Quelle: Doug Delatine - Adobe Stock

Chancen für Windenergie?

Die Windenergie soll eine der Säulen der zukünftigen Energieversorgung unseres Landes sein. Doch der Ausbau an Land ist 2019 stark eingebrochen. Und 2020 werden im IHK-Bezirk mindestens 1.500 Windkraft-Arbeitsplätze abgebaut. Was muss jetzt geschehen, damit die Windenergiebranche in Deutschland noch eine Chance hat?

VON DR. KATHARINA MOHR

Die Nachricht aus Aurich im November 2019 war so etwas wie ein Donnerhall in der Geschichte der Windindustrie in Ostfriesland und Papenburg: Das Unternehmen Enercon – 1984 in Aurich gegründet und größter deutscher

Hersteller von Windenergieanlagen (WEA) an Land – kündigte an, in Deutschland insgesamt 3.000 Arbeitsplätze abbauen zu müssen, davon 1.500 im IHK-Bezirk. Zwar hatte es auch schon 2017/2018 einen Beschäftigungsrückgang in der Windenergiebranche in Ostfriesland und Papenburg gegeben, aber nicht in diesem Ausmaß. Doch

ebenso wie andere namhafte Hersteller von Windenergieanlagen in Deutschland, wie Nordex oder Senvion schon zuvor, musste nun auch Enercon auf die Marktsituation reagieren. Im Jahr 2019 wurden nur noch ca. 690 Megawatt Leistung in ganz Deutschland installiert (im Vergleich dazu: ca. 2.400 MW in 2018 und ca. 5.330 MW in 2017).

Blick in die Zukunft richten

Über den Ausgangspunkt für die aktuelle (wenig überraschende) Krise der Windenergiebranche – die 2017 in Kraft getretene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit einer Deckelung des Windenergieausbaus an Land und Privilegierungen für Bürgerenergiegesellschaften bei der Realisierung von Windprojekten – ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Den Blick noch länger in die Vergangenheit zu richten, hilft nun aber nicht mehr. Ein konkreter Plan zur konsequenten Umsetzung der Energiewende muss her und er muss richtiggehend eingefordert werden. Der bisher schweigende Anteil der Unternehmerinnen und Unternehmer, der mit den Zielen der Energiewende einverstanden ist, muss laut werden. Auf Landesebene Niedersachsens stoßen alle, die für die Rettung der Windenergie kämpfen, derzeit auch auf politischer Ebene auf of-

fene Ohren. Aber das genügt leider nicht. Bis nach Berlin muss die Stimme derjenigen reichen, die sich für eine konsequente Fortführung der Energiewende aussprechen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat im Oktober 2019 mit seiner „Aufgabenliste zur Stärkung der Windenergie“, die konkrete Arbeitsaufträge für verschiedene Bundesministerien enthält, schon einen Schritt in die richtige Richtung getan (bis auf den Vorschlag für einen pauschalen Mindestabstand zwischen WEA und Wohnhäusern). Nur muss dieser Plan auch zeitnah umgesetzt werden.

Aus Sicht der IHK sind die folgenden Maßnahmen unbedingt und dringend notwendig:

- **Vorschlag für pauschalen Mindestabstand fallenlassen**
Ein gesetzlicher Mindestabstand von 1.000 m zwischen Wohnbebauung und

Windenergieanlagen, wie er sowohl vom „Klimakabinett“ als auch vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen wird, würde den weiteren Ausbau der Windenergie nach belastbaren Berechnungen noch deutlich weiter ausbremsen. Ein pauschaler Mindestabstand ist weder sachgerecht (z. B. können die Auswirkungen einer WEA nicht gleichgesetzt werden mit denen eines Windparks), noch ist er zielführend für die bundespolitischen Ziele in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz.

- **Verkürzung des Instanzenzuges bei Klagen gegen Windenergieanlagen an Land**

Zu Beginn des Jahres 2019 wurden ca. 325 Windenergieanlagen „beklagt“, im Durchschnitt lag die Verfahrensdauer bei diesen Klageverfahren bei knapp zwei Jahren. Durch eine Verkürzung des Instanzenzuges von drei auf zwei Instanzen könnten >>



Von Mittelstand zu Mittelstand
Die Webserie der Genossenschaftlichen Beratung

„Digitalisierung und Genossenschaftliche Beratung: Passt!“

Carsten Rausch und Gunter Ernst,
Geschäftsführer medDV GmbH und Genossenschaftsmitglieder

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Unsere **Genossenschaftliche Beratung** ist die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät. Denn je mehr wir von Ihnen wissen, desto ehrlicher, kompetenter und glaubwürdiger können wir Sie beraten. Probieren Sie es aus und nutzen auch Sie unsere **Genossenschaftliche Beratung** für Ihre unternehmerischen Pläne und Vorhaben. Mehr Informationen auf vr.de/weser-ems

Wir machen den Weg frei. Gemeinsam mit den Spezialisten der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken: Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, R+V Versicherung, easyCredit, DZ BANK, DZ PRIVATBANK, VR Smart Finanz, MünchenerHyp, DZ HYP.

Volksbanken Raiffeisenbanken



Die Branche braucht eine positive Kommunikationsbasis.

Quelle: Roland T. Frank - Adobe Stock

rechtliche Unsicherheiten in Bezug auf den Betrieb deutlich schneller geklärt und gelöst werden.

- **Mindestabstand zu Drehfunkfeuern der Deutschen Flugsicherung**
Zwischen Windenergieanlagen und den Drehfunkfeuern der Deutschen Flugsicherung muss in Deutschland aktuell ein Abstand von 15 Kilometern eingehalten werden. International ist zu diesen Einrichtungen der Flugsicherung ein Grenzabstand von 10 Kilometern üblich. Durch eine zügige und sofortige Reduzierung des Schutzradius von 15 auf 10 Kilometer wären kurzfristig mehr als 1.000 Windenergieanlagen mit einer Leistung von ca. 4.800 MW realisierbar.
- **Stärkere Beteiligung der Kommunen am Betrieb von Windenergieanlagen**

Die Energiewende findet oberirdisch statt und wird aufgrund der Sichtbarkeit zu einem Teil des Alltags. Ein besserer Weg zur Steigerung der Akzeptanz als ein Mindestabstand zwischen Wohnhäusern und Windenergieanlagen ist die stärkere finanzielle Beteiligung der Kommunen am Betrieb von Windenergieanlagen.

Zusätzlich zu konkreten, überwiegend gesetzlichen Maßnahmen, ist noch eines gefragt: Es braucht wieder positive, Mut machende Kommunikation für die Energiewende. Es muss in einem offenen, ehrlichen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Bevölkerung ausgesprochen werden, dass es die Energiewende nicht zum Nulltarif gibt und dass Energiewende oberirdisch stattfindet, als sichtbarer Teil des Alltags.

Schließlich braucht es den gemeinsamen Willen, die Energiewende wirklich umzusetzen. Durch Planbarkeit und Verlässlichkeit (keine ständigen Änderungen mehr am gesetzlichen Rahmen) kann auch die Akzeptanz wieder wachsen. Das muss sie auch, wenn die weiteren energie- und klimapolitischen Entscheidungen der Bundesregierung – wie der Ausstieg sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohleverstromung – Wirklichkeit werden sollen. Und dann wird auch die jetzt schon mit Know-how, Fachkräften und Wertschöpfungspotenzial sehr gut ausgerüstete Windenergieindustrie in Deutschland wieder florieren können. <

Mehr zu diesem Thema

➔ Dok-Nr. 4651858
